

Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



Zweites Halbjahr: Angriff auf Schwarz-Gelb

Die Sommerpause ist zu Ende. In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag seine Arbeit wieder aufgenommen. Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion haben die vergangenen Wochen genutzt, um sich intensiv auf die Arbeit im zweiten Halbjahr vorzubereiten.

Heißer Herbst für Schwarz-Gelb

Schwarz-Gelb kann sich warm anziehen – es wird ein heißer Herbst. Ob Energiepolitik Gesundheit, Förderung des Mittelstandes, Integration oder Bildung: überall versagt diese Bundesregierung. Betroffen sind Bezieher kleiner oder mittlerer Einkommen—Großverdiener profitieren.

Atomlobby hat gesiegt

Nach den Geschenken für die Hoteliers steht jetzt fest: Die nächsten, die sich freuen können, sind die Atomkonzerne. Die Laufzeitverlängerungen bei den Kraftwerken spült Milliarden an Zusatzgewinnen in die Kasse. Der Bundeswirtschaftsminister lässt es zu, dass die Marktmacht der vier großen Energiekonzerne mit heute bereits 80 % Marktanteil zementiert und ausgebaut wird, obwohl er im gleichen Atemzug von Entflechtung spricht. Die Zeche zahlen

Verbraucher und Unternehmen mit überzogenen Energiepreisen.

Verlierer sind vor allem auch Stadtwerke und neue Energieanbieter. Sie haben im Vertrauen auf den Atomausstieg massiv in die Erzeugungsstruktur investiert. Jetzt wird ihnen die Geschäftsgrundlage entzogen. Der Markteintritt wird ihnen erschwert oder gar unmöglich gemacht. Des Ministers lapidare Antwort: „Pech gehabt“ – die Stadtwerke müssten sich auf veränderte Rahmenbedingungen einstellen und sich ihrer Eigenverantwortung besinnen.

Arbeitnehmer und Mittelstand

Die SPD-Bundestagsfraktion wird im Herbst ein eigenes energiepolitisches Diskussionspapier vorlegen. Neben der Frage der Energieversorgung werden uns weitere Themen im zweiten Halbjahr beschäftigen. In der kommenden Woche wird die SPD auf ihrem Bundesparteitag in Berlin einen umfassenden Leitantrag zur Arbeitsmarktpolitik verabschieden. Darin fordern wir unter anderem die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro in der Stunde.

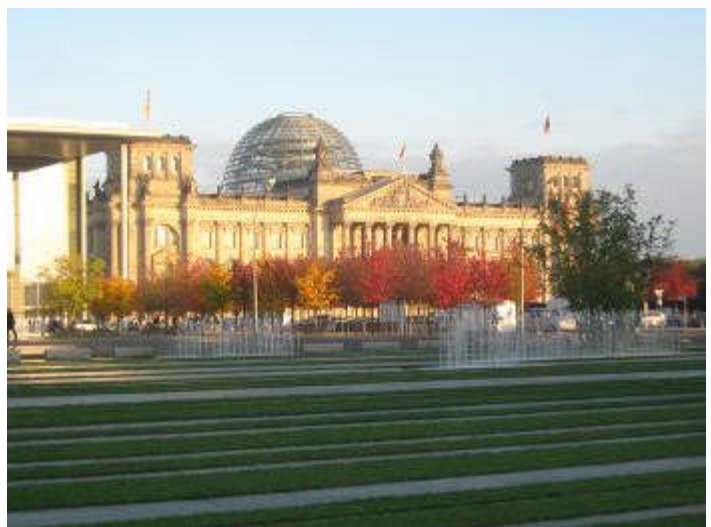
Wir werden uns weiterhin kümmern um Themen wie den Breitbandausbau, insbesondere in

ländlichen Regionen, um die Frage der Elektromobilität, oder um die Finanzierungssituation im Mittelstand. Denn auch wenn die Bundesregierung es beharrlich bestreitet—viele mittelständische Unternehmen haben es nach wie vor schwer, an das notwendige Kapital zu kommen. Gerade in einer Phase sich erholender Geschäftszahlen kann das verheerende Wirkung haben, wenn Investitionen, die den Aufschwung weiter befördern, unterbleiben müssen.

„Zukunftsgespräche“ vor Ort

Ein besonderer Fokus in den kommenden Monaten wird auf

der Diskussion wichtiger Themen vor Ort liegen. Eine Reihe von „Zukunftsgesprächen“ mit hochkarätigen bundespolitischen Referenten soll Punkte wie Mitbestimmung, die Zukunft der Bundeswehr, die Frage nach der Mobilität von morgen, neue Impulse für ehrenamtliches Engagement oder den demografischen Wandel herunter brechen auf die spezifischen Herausforderungen, die es in Ostfriesland zu bewältigen gilt. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sollen an einen Tisch und lösungsorientiert diskutieren. Informationen zu Themen, Terminen und Veranstaltungsorten wird es in den nächsten Wochen geben.



Der Deutsche Bundestag ist zurück aus der Sommerpause. Auf die Bundesregierung wartet ein heißer Herbst.

Haushaltsdebatte: Abstauber Brüdele – Der König des Sommerlochs

Der Bundestag hat in dieser Woche den Bundeshaushalt für 2011 diskutiert. Traditionell ist dies Gelegenheit für die Opposition, generelle Fehler und Versäumnisse der Bundesregierung aufzuzeigen. Und davon gibt es gerade im Verantwortungsbereich von Minister Rainer Brüderle mehr als genug.

Dem Bundeswirtschaftsminister ist in den Medien die traurige Ehre eines „Königs des Sommerlochs 2010“ zu teil geworden, zu mehr bringt es der Minister allerdings auch nicht: Brüderle lässt den Mittelstand im Regen stehen, Städte und Gemeinden sind die Verlierer einer fehlgeleiteten Politik. Energieintensiven Unternehmen soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung zu Lasten ihrer Wettbewerbsfähigkeit erheblich höhere steuerliche Belastungen aufgebürdet werden – der Bundeswirtschaftsminister schweigt dazu.

Im Koalitionsvertrag verabredete Pläne zur steuerliche Forschungsförderung, die von enormer Bedeutung sind für Innovationen

und Investitionen, trägt die Bundesregierung mit Billigung des Bundeswirtschaftsministers zu Grabe – was für ein Traverspiel. Die SPD wird nachdrücklich die Einführung dieses wichtigen Instrumentes weiterverfolgen.

Völlig zu Unrecht schreibt sich der Bundeswirtschaftsminister



Schlagabtausch: Traditionell berät der Bundestag in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause den Bundeshaushalt für das folgende Jahr.

euphorisch den Aufschwung, der keineswegs ein selbsttragender ist und der einer Politik der Verstärkung dringend bedürfte, auf seine Fahne. Dies ist jedoch nicht der Aufschwung des Abstaubers Brüderle – diesen Aufschwung haben wir vor allem der Wirkung der Konjunkturpakete zu verdanken, die von der gro-

ßen Koalition unter der Federführung von Peer Steinbrück, Olaf Scholz und Frank-Walter Steinmeier auf den Weg gebracht wurden, und die Brüderle vehement abgelehnt hat.

Wenn Brüderle dann jüngst mit dem so genannten Energiekonzept ausnahmsweise einmal handelt, dient dies – nach den Hoteliers – allein der Befriedigung von Klientelinteressen und der Zementierung des Oligopols der vier großen Energieversorger. Was ist das für eine Politik, bei der große Unternehmen der Bundesregierung die Spielregeln diktieren.

Wir brauchen eine langfristige, zukunftsfeste Wirtschaftspolitik, die sich vor allem einer gerechten Gesellschaft verpflichtet fühlt. Dafür setzen wir auf ein neues Wachstumsmodell, das auch mehr auf die Stärkung der Kaufkraft und der Binnennachfrage setzt. Die SPD wird dafür den Weg in einer Enquete-Kommission – gemeinsam mit den Grünen – ebnen (siehe dazu auch den Beitrag auf Seite 4).

Minister Rösler: Lobby bedienen, Bürger belasten

Große Ankündigungen ohne Taten – das war monatelang das Kennzeichen von Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP).

Jetzt wird offenkundig, dass Rösler nach knapp einem Jahr im Amt fundamental gescheitert ist. Rösler hat doppelt gelogen: Das FDP-Wahlversprechen „mehr Netto vom Brutto“ ist als Nettolüge entblöht. Und: Ein steuerfinanzierter Sozialausgleich, der diesen Namen verdient, wird nicht kommen. Das Gesundheitssystem wird für 70 Millionen gesetzlich Versicherte keinen Deut besser, dafür aber massiv ungerechter und teurer.

Handstreichartig haben Pharma-

konzerne und Private Krankensicherung (PKV) ihre Interessen durchgesetzt: Die Nutzenbewertung neuer Arzneimittel will Rösler per Rechtsverordnung festlegen. Die eigentlich zuständigen Kontrolleure werden zur lahmen Ente degradiert.

Die Gesetzlichen Kassen (GKV) sollen keine Zusatzleistungen mehr anbieten dürfen. Gewinn für die Privaten Versicherer: 250 Millionen Euro.

Die Frist für den Wechsel von Gutverdienern von der GKV zur PKV soll ab Januar von drei Jahren auf ein Jahr herabgesetzt werden. Lukrativ für die Privatversicherer. Verluste für die GKV:

400 Millionen Euro.

Die Zeche sollen am Ende vor allem die gesetzlich Versicherten zahlen. Denn die Zusatzprämien sollen in Zukunft die Kostendynamik im Gesundheitswesen auffangen. Den Arbeitgeberbeitrag will Minister Rösler einfrieren. Die Zusatzbeiträge der gesetzlich Versicherten hingegen sollen unbegrenzt möglich werden.

Das ist der Weg in die Kopfpauerschale, ohne Sozialausgleich. Mit der Aufgabe der paritätischen Finanzierung der Gesundheitskosten ruiniert der Minister den Zusammenhalt der Sozialpartner.

Hinzu kommt: Röslers Pläne sehen vor, dass ausgerechnet bei der hausärztlichen Versorgung 500 Millionen Euro eingespart werden sollen. Damit verschärft er den Mangel an Hausärzten, von dem in Zukunft immer mehr Menschen besonders in ländlichen Gebieten betroffen sein werden.

Die SPD hat mit den Hausarztverträgen die Möglichkeit geschaffen, dass Hausärzte besser bezahlt werden können. Wir müssen durch gezielte Förderprogramme dafür sorgen, dass der hausärztliche Nachwuchs gesichert wird. Aber wie üblich spart Schwarz-Gelb am falschen Ende.

Rente mit 67—Arbeitsmarkt für Ältere stärken

Aus dem Beschluss des SPD-Präsidiums zur Rente mit 67 vom 23. August 2010:

Die gesetzliche Rentenversicherung ist in Deutschland die Grundlage für den Schutz vor Armut im Alter und bildet die persönlichen Leistungen der sozialversicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrem Arbeitsleben ab.

Die bereits begonnene und sich weiter verschärfende Entwicklung im Altersaufbau der deutschen Gesellschaft hat allerdings die Entscheidungen zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung ausschließlich auf die Bewältigung des demografischen Wandels verengt. Die Tatsache, dass alle Finanzierungsregeln der gesetzlichen Altersvorsorge

auch einen Bezug zu den Realitäten und den tatsächlichen Chancen Älterer auf dem Arbeitsmarkt aufweisen müssen, ist immer stärker aus dem Blick geraten.

Demgegenüber sieht das Gesetz zur schrittweisen Einführung der Rente mit 67, beschlossen von der großen Koalition im Jahr 2007, durchaus den Zusammenhang zwischen der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters und dem Arbeitsmarkt.

Zwar ist der Prozentsatz der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Alter von 60 - 64 von 10,7 Prozent im Jahr 2000 auf 21,5 Prozent im Jahr 2009 gestiegen. Aber wenn weiterhin durchschnittlich rund 80

Prozent der Menschen über 60 Jahre nicht mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, wirkt eine Anhebung des Renteneintrittsalters aus demografischen Gründen auf das 67. Lebensjahr wie eine Rentenkürzung.

Die Ziele künftiger Alterssicherungspolitik sind für die SPD klar beschrieben: Schutz vor Altersarmut, Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung als unverzichtbare Grundlage der Altersvorsorge, Generationengerechtigkeit und faire Verteilung der Finanzierung.

Um dies miteinander in Einklang zu bringen, müssen vor dem Beginn der Anhebung des Renteneintrittsalters auf das 67. Lebensjahr folgende Voraussetzungen geschaffen werden: Erhö-

hung der Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei den 60 - 64 Jährigen – einschließlich der Altersteilzeit – auf mindestens 50 Prozent (derzeit: 21,5 Prozent).

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aufgrund hoher körperlicher oder psychischer Belastungen das gesetzliche Rentenalter nicht erreichen können, müssen flexible Übergänge geschaffen werden. Dazu soll – ähnlich wie im Rentenrecht der Knappschaft für Bergleute – auch die generelle Beibehaltung des Renteneintrittsalters mit 65 für Berufsgruppen mit langjähriger besonderen beruflichen Belastungen geprüft werden (z.B. langjährige Schichtarbeit).

Ostfriesen besuchen Garrelt Duin



Politik aus erster Hand: Rund 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Aurich/Emden waren einer Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Garrelt Duin nach Berlin gefolgt. Der SPD-Abgeordnete gab Einblicke in die Arbeit des Deutschen Bundestages. „Ich freue mich, dass Sie meiner Einladung gefolgt sind, um hier in Berlin einmal live dabei zu sein“, begrüßte Duin die Gäste aus dem Norden.

Regionalrat Ostfriesland nimmt Arbeit auf

Garrelt Duin wurde am 25. August 2010 zum ersten Vorsitzenden des neu gegründeten Regionalrates Ostfriesland gewählt. „Ich bin glücklich, zufrieden und voller Freude“, kommentierte Duin die konstituierende Sitzung in Aurich und seine Wahl in das neue Amt. Als Stellvertreter wurden der Auricher Landrat Walter Theuerkauf (SPD) sowie der Kreistagsabgeordnete Dieter Baumann (CDU) aus Moormerland gewählt. Zur Sitzung eingeladen hatte Duin zusammen mit dem Präsidenten des Niedersächsischen Landtages, Hermann Dinkla (CDU).

Die Diskussion über die Einrichtung des Regionalrates wurde über mehrere Jahre geführt und fand mit der Konstituierung ihr gutes Ende. Dem Gremium gehören insgesamt 53 Vertreter der Kreistage der Landkreise Aurich, Leer und Wittmund sowie des



Die Region stärken: Konstituierende Regionalratssitzung in Aurich

Rates der Stadt Emden an. Der Kreis Friesland und die Stadt Wilhelmshaven wurden ausdrücklich zur Mitarbeit eingela-

den. „Wir wollen das zarte Pflänzchen gut pflegen und einen Beitrag leisten damit es wachsen kann“, sagte Duin.

Ziel des Regionalrates ist es, den Austausch und die Kooperation der Kreise und Städte in Ostfriesland zu fördern. „Es geht darum, Aufgaben gemeinsam zu erledigen, um sie besser zu erledigen“, so Duin. Außerdem sollen gemeinsame Positionen zu Themen erarbeitet werden, die ganz Ostfriesland betreffen. „Gegenüber Europa, dem Land und Bund wollen wir unsere Gemeinsamkeiten deutlich machen. Ostfriesland eine starke Stimme geben, dass ist jetzt die Aufgabe“, so Duin.

So sprach sich der Regionalrat in seiner ersten Sitzung parteiübergreifend für eine klare Regelung zu Haftungsfragen bei Ölbohrungen in der Nordsee aus. Außerdem wollen die Mitglieder des „Ostfriesenparlaments“ sich für eine Verbesserung der Verkehrsanbindung der Region einsetzen.

Aus der Krise lernen

SPD will Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zu neuen Wachstumsmodellen

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, Klimakrise und die wachsende soziale Ungleichheit auf globaler wie auf nationaler Ebene haben bei vielen Menschen grundlegende Zweifel an den Maßstäben und Grundlagen unseres Wirtschaftens aufkommen lassen.

Zunehmend wird die Frage laut, ob wir ein neues Verständnis von gesellschaftlichem Wohlstand, individuellem Wohlergehen und nachhaltiger Entwicklung jenseits der Fixierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) brauchen.

Angesichts der großen Herausforderungen Klimawandel, Ausbeutung der Natur, demographischer Wandel und zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft werden die Grenzen eines rein

quantitativen Wachstums immer offensichtlicher. Die aktuelle Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise stellt ein Wachstum in Frage, das durch Spekulationen befeuert wird um dann wie ein Kartenhaus in sich zusammenzufallen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird daher die Einsetzung einer Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt“ beantragen.

Ziel der Kommission ist die Entwicklung eines Leitbildes für ein neues Wirtschaften, das die systemischen Fehlentwicklungen alter Maßstäbe überwindet und den verengten Wachstumsbegriff der letzten Jahrzehnte durch ein neues und breiteres Verständnis von individuellem Wohlergehen,

gesellschaftlichem Fortschritt und nachhaltiger Entwicklung ablöst.

Die gewonnenen Erkenntnisse soll die Enquête-Kommission in konkrete Handlungsempfehlungen übersetzen und dazu politische Instrumente entwickeln, um eine Umsetzung der Ergebnisse in staatliche Maßnahmen, wirtschaftliches Handeln und gesellschaftliche Prozesse zu ermöglichen. Dazu wird es umfangreiche Gespräche und Diskussionen mit Vertretern aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft geben.

Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode soll die Enquête-Kommission dem Deutschen Bundestag einen Abschlussbericht vorlegen. Ihr Bericht wird in angemessener Form einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Spruch der Woche

„Irgendwie ist es keine große intellektuelle Herausforderung, heute morgen etwas zu Ihrem Haushalt und zu Ihrer Haushaltspolitik zu sagen.“

Eröffnungssatz des SPD-Vorsitzenden **Sigmar Gabriel** bei der Generalaussprache zum Bundeshaushalt 2011

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 - 70145
Fax: 030 - 227 - 76445
garrelt.duin@bundestag.de
www.garreltduin.de